

Basler Wahrheiten

Bundesrat Ignazio Cassis gibt Einblick in die Dunkelkammer namens Bundesrat

Von Martin Furrer

Basel. Auf dem Petersplatz wirbelt das Messe-Karussell Menschen im Kreis herum. Nebenbei, in der Aula der Universität, wird die Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter auf eine Fahrt mitgenommen, die sie in den nächsten sechzig Minuten ebenfalls schwindlig machen könnte. Es ist Montagabend, Viertel nach sechs. Die 360 Stühle im Saal sind alle besetzt. Hinter dem Rednerpult steht Ignazio Cassis, seit einem Jahr Mitglied der Landesregierung. Die statistisch-volkswirtschaftliche Gesellschaft Basel hat ihn eingeladen, zum Thema «Der Bundesrat und der wöchentliche Tanz der Konkordanz» zu referieren.

Munter legt der freisinnige Tessiner los, er beginnt harmlos. Cassis erzählt, dass er Basel seit seinem Amtsantritt nun schon den fünften Besuch abstatte. Galant lobt er die Nordwestschweiz als «essenziellen Teil der Vielfalt unseres Landes», wo der grenzüberschreitende Austausch bestens funktioniere. Das beweise die Tatsache, dass das Handelsvolumen der Schweiz mit Baden-Württemberg fast gleich gross sei wie dasjenige mit China.

Ein kleines Paradies

Schneider-Schneiter sitzt in der vordersten Reihe. «Demnächst», sagt Cassis, «stehen Bundesrats-Ersatzwahlen an. Wer weiss, vielleicht interessiert das hier im Saal jemanden ganz besonders.» Sein verschmitzter Blick wandert zu Schneider-Schneiter, die Zuhörer lachen. «Was macht ein Bundesrat am Tag nach der Wahl?», fragt Cassis rhetorisch. «Ausschlafen? Schön wärs. Der Tag beginnt um 8.30 Uhr im Bundeshaus mit einem vierstündigen Briefing zum Thema «Sicherheit eines Bundesrats.»

Cassis fährt fort: «Die Botschaft des Briefings war klar: Ich müsse mein ganzes Leben auf den Kopf stellen, meine Sicherheit habe ab jetzt oberste Priorität.» Schneider-Schneiter, die konzentriert zuhört, weiss jetzt also, was ihr bevorsteht, sollte sie am 16. November von der CVP-Bundeshaus-Fraktion als Kandidatin portiert und am 5. Dezember von der Vereinigten Bundesversammlung zur Bundesrätin gewählt werden.

Cassis sagt: «Das Lustigste am Ganzen ist: Wie war ich an jenem Morgen



«Eine grosse Entdeckung». 360 Zuhörer folgten in der Uni dem Vortrag von Bundesrat Ignazio Cassis. Foto Florian Bärtliger

ins Bundeshaus gekommen? Wie immer, mit dem Tram und meinem Rucksack. So mache ich es immer noch. Natürlich haben die Sicherheitsbehörden das im Griff. Die Schweiz ist wirklich ein «Petit Paradies.»

Man glaubt, Schneider-Schneiter tief durchatmen zu hören.

Vier Stunden, sechzig Geschäfte

Cassis erzählt heiter, gelöst und offener als manch anderer Bundesrat. Er wird dabei zum virtuellen Reiseleiter, der das Publikum mitten hinein in den mysteriösen Maschinenraum der Schweizer Politik führt, der «Chalet fédéral» genannt wird – jene gut abgeschirmte, holzgetäfelte Räumlichkeit im Westflügel des Bundeshauses, in der sich der Bundesrat jeweils am Mittwoch zu seiner Sitzung trifft.

Weil diese Treffen in der Regel eine ernste Angelegenheit sind, wird jetzt auch Cassis ein bisschen ernster. Er erzählt von einem «Crashkurs», den er

vor seinem ersten Mittwochs-Meeting von Bundeskanzler Walter Thurnherr erhalten habe: «Wir spielten eine ganze Sitzung durch.»

Cassis wirkt ehrlich begeistert von der Regierungsmechanik, auch wenn er nicht frei redet, sondern sich streng ans Manuskript hält. Während er das «seltsame, aber wunderbare Regierungssystem» lobt, gibt er Einblicke in den Bundesratsalltag, der für viele Menschen noch immer eine Dunkelkammer ist. «Es war für mich eine grosse Entdeckung», sagt er beispielsweise, «dass die Kultur im Gremium die Kritik der anderen Bundesrätinnen und Bundesräte will. Meine Kollegen und ich prüfen so unsere Dossiers auf ihre Standfestigkeit und verbessern wo nötig unsere Argumente.»

Cassis verrät, dass eine Sitzung in der Regel vier Stunden dauert, dass dabei bis zu 60 Geschäfte behandelt werden und dass der «Tanz der Konkordanz bereits am Montag vor der Mitt-

wochs-Sitzung beginnt, wenn die Bundesräte Mitberichte und Anträge verfassen. Am Dienstag brenne noch spät nachts das Licht, sagt Cassis, «es wird unter Bundesräten telefoniert, Geschäfte werden zurückgezogen und Allianzen geschmiedet.»

Viel Arbeit, wenig Schlaf

Sollte Schneider-Schneiter Bundesrätin werden, drohen ihr also viel Arbeit und wenig Schlaf. Wir wollen, nachdem die Veranstaltung zu Ende und der Applaus für Cassis verklungen ist, von ihr wissen: Haben sie Cassis' Basler Wahrheiten unsicher gemacht? Ist ihr unheimlich geworden angesichts der Belastungen, die auf sie zukommen könnten?

«Nein», sagt Schneider-Schneiter. «Eine Politikerin wie mich, die ein Leben lang hundert Prozent gearbeitet, daneben Politik gemacht und eine Familie gemanagt hat, kann so etwas nicht aus der Ruhe bringen.»

Parkkarten ab 2019 teurer

Regierung will mehr verfügbare Strassenparkplätze erreichen

Basel. Was der Regierungsrat im Frühjahr angekündigt hat, wird nun auf den 1. Januar 2019 Wirklichkeit: Der Preis für die Anwohnerparkkarte wird um gut 100 Prozent von 140 auf 284 Franken erhöht. Dafür hat der Regierungsrat die Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung geändert. Für Wochen-aufenthalter und Personen, die für ihr Auto nicht in Basel Steuern zahlen, erhöht sich der Preis auf 548 Franken.

Eine Pendlerparkkarte kostet künftig 860 statt 700 Franken pro Jahr, der Preis für die Besucherparkkarte erhöht sich von zehn auf 20 Franken pro Tag. Damit soll ein Anreiz gesetzt werden, dass Pendler nicht mehr Besucherparkkarten verwenden. Gelegentliche Besucher können allerdings zwölf solche Parkkarten pro Jahr weiterhin via Internet für zehn Franken erwerben.

Trotz der Ende 2016 eingeführten Parkraumbewirtschaftung seien die Strassenparkplätze grossenteils Teil besetzt. Deshalb habe sich der Regierungsrat zum Ziel gesetzt, die Verfügbarkeit von Strassenparkplätzen zu erhöhen, heisst es in der Mitteilung. Jeder zehnte bis zwanzigste Parkplatz soll frei sein, um den Suchverkehr zu reduzieren. Deshalb sollen Quartierparkings für Anwohner stärker gefördert werden. Auch andere Nutzer sollen zugelassen werden. Neue Plätze in einem Quartierparking sollen nur noch dort durch die Aufhebung von Strassenparkplätzen voll kompensiert werden müssen, wo die Auslastung der Parkplätze nicht zu hoch ist.

SVP und TCS lehnen ab

Mit der Hälfte der zusätzlichen Einnahmen aus den Parkkarten sollen Park-and-Ride-Anlagen und Anwohnerparkplätze in Quartierparkings mitfinanziert werden. Darüber muss der Grosse Rat entscheiden, weil Gesetze geändert werden müssen.

Kritik an den höheren Preisen für Parkkarten kam schon in der Vernehmlassung auf. Die SVP hat gestern mitgeteilt, dass sie die Preiserhöhung für Anwohner-Parkkarten ablehnt. Sie wäre aber einverstanden, die Pendler- und Besucherparkkarten stärker zu erhöhen. Der TCS stellt fest, dass keines seiner Anliegen aus der Vernehmlassung aufgenommen worden sei und will sich gegen die beschlossene Parkplatzpolitik wehren. Zudem kritisiert er den «massiven» Parkplatzabbau. ur

ANZEIGE

Flâneur

so entdeckst du Basel

Wir schenken Ihnen eine Ausgabe BASEL KAUFT EIN! oder GEHT AUS!

Nur am Flâneur! Es hett solang's hett.

DIE 140 BESTEN SHOPPING-ADRESSEN

NEU

www.gehtaus.ch
In Partnerschaft mit
Basler Kantonalbank
PRO INNERSTADT
BASEL

Völkerrecht auf dem Prüfstand

An der Universität Basel wurde über die Selbstbestimmungs-Initiative gestritten

Von Alex Reichmuth

Basel. In wenigen Wochen stimmt die Schweiz über die Selbstbestimmungs-Initiative (SBI) der SVP ab, der sowohl die Befürworter wie die Gegner eine hohe Bedeutung zumessen. Die Initiative will, dass die Bundesverfassung immer über dem Völkerrecht steht, also auch über internationalen Verträgen. Am Montag fand an der Uni Basel ein Podium zur SBI statt, an dem Politiker, Publizisten und eine Rechtsprofessorin aufeinandertrafen – moderiert von BaZ-Bundeshauschef Dominik Feusi.

«Ich sehe das Problem nicht», begründete Ständerätin Anita Fetz (SP) ihre Ablehnung der SBI. Das Schweizer Stimmvolk könne schon heute über alle relevanten internationalen Verträge abstimmen. Die Initiative sei zudem «schwammig» formuliert, so Fetz, etwa beim Passus, dass Verträge «notigenfalls» gekündigt werden müssen, wenn sie der Verfassung widersprechen. «Was bedeutet «notigenfalls»? Das gibt Juristenfutter à gogo.» Eine Annahme führe zu einer grossen Rechtsunsicherheit, weil Tausende Verträge zur Disposition stünden. Das sei für die Exportnation Schweiz schlecht, meinte Fetz.

Es gehe bei der SBI um nichts anderes, als dass Volk und Stände die wichtigen Grundsätze im Land bestimmen könnten, hielt SVP-Nationalrat Sebastian Frehner dagegen. «Die Initiative verhindert, dass Behörden und Gerichte, seien es in- oder ausländische, das letzte Wort haben.» Das Bundes-

gericht habe in einem Urteil von 2012 entschieden, so Frehner, dass Völkerrecht grundsätzlich dem Landesrecht vorgehe. Es gelte, diesen verfehlten Richterspruch zu korrigieren und den Zustand davor wiederherzustellen.

Die Initiative schützte das Kind mit dem Bade aus, sagte demgegenüber Anna Petrig, Professorin für Völkerrecht und öffentliches Recht an der Uni Basel. «Ein paar wenige Konflikte zwischen Völkerrecht und Landesrecht werden hier hochgespielt.» Insgesamt sei das Völkerrecht sehr facettenreich und bringe nicht wie suggeriert nur Last und Bürde, sondern auch Sicherheit und Annehmlichkeiten. Wegen des Völkerrechts werde auch keine Nation fremdbestimmt, wie das die Initianten behaupteten, meinte Petrig. «Kein Staat wird gegen seinen Willen zur Unterzeichnung eines internationalen Vertrags gezwungen.»

Was ist eine Familie?

Er sei ein überzeugter Anhänger des Subsidiaritätsprinzips, begründete Robert Nef, Publizist und Gründer des Liberalen Instituts, seine Sympathien für die SBI. Demnach seien politische Entscheide immer auf der tiefstmöglichen Stufe zu treffen. Heute würde dieses Prinzip zu oft verletzt, so Nef. «Man sagt der Bevölkerung, sie könne das nicht, da brauche es gescheiterte Leute.» Kleinere Gruppen seien aber grundsätzlich besser in der Lage, nachhaltige Regelungen zu treffen. Sie habe nichts gegen Subsidiarität,

entgegnete Petrig, aber es gebe unzählige Fragen, die nur übergeordnet geregelt werden könnten. «Denken Sie an ein Flugzeug, das von der Schweiz nach Shanghai und dann nach Honolulu fliegt. Da brachen Sie internationale Verträge.»

Nef brachte ein Gegenbeispiel: Die Definition, was eine Familie sei, dürfe nicht international geklärt werden. «Sind zwei Männer eine Familie, oder ein Mann mit vier Frauen?» Er diagnostizierte einen «weltweiten Vereinheitlichungswahn» – mit dem Resultat, dass die Bevölkerung die Regeln nicht akzeptiere, die über ihren Köpfen kreiert würden.

Rechtsprofessorin Anna Petrig anerkannte, dass es immer mehr internationale Normen gebe, was zu Fragen führe, wie man diese mit demokratischen Prozessen in Übereinstimmung bringe. Es bestehe Bedarf, darüber nachzudenken. «Aber die Konflikte, welche die SVP heraufbeschwört, gehen insbesondere auf deren Initiativen zurück, die den Menschenrechten entgegenstehen und deren Umsetzung darum zu Problemen führt.» Dem schloss sich Fetz an: «Bei einem Ja zur SBI gäbe es ein jahrelanges Hin und Her.» Es gehe um nichts weniger als um die Frage, wer in unserem Land entscheide, betonte hingegen Frehner. Die Bevölkerung habe etwa entschieden, die Zuwanderung wieder selber regeln zu wollen. Das sei vom Parlament übergegangen worden – mit Verweis auf die Personenfreizügigkeit als Teil eines internationalen Vertrags.